



Inselgemeinde Langeoog

Niederschrift

über die
Öffentliche Sitzung des Schul, Jugend- und Sozialausschusses
der Inselgemeinde Langeoog
am Donnerstag, 18. Januar 2024
im Rathaus Sitzungszimmer

SJSA/2024/001

Beginn der öffentlichen Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend waren:

Stimmberechtigt: Ratsmitglied

Peters, Daniela

Stimmberechtigt: Elternvertreter

Freye, Wiebke

Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Kraus, Bärbel

Gemeinderatsmitglied

Schmidt, Rüdiger

Stimmvertreter für Michael Recktenwald

Stimmberechtigt: Gemeinderatsmitglied

Spies, Gerda

Stimmberechtigt: Leitung Inselschule

Ahrenholz, Petra

Stimmberechtigt: Ratsmitglied

Peters, Till Martin

Stimmberechtigt: Ratsvorsitzender

Agena, Gerrit

Stimmberechtigt: Schülervertreter

Donner, Tamme

Stimmberechtigt: Stv. Bürgermeisterin

Mühlinghaus, Ines

Allgemeiner Vertreter

Heimes, Ralf

Bürgermeisterin

Horn, Heike

Gemeinderatsmitglied

Garrels, Uwe

Leiter Kindertagesstätte

Mikoteit, Mark

Leitung Jugendhaus

Seppelt, Tina

Protokollführerin

Heimes, Katja

Schülervertreterin

Freye, Fenna

Fehrend:

Ratsmitglied

Recktenwald, Michael

Entschuldigt fehlend

TOP 01 Eröffnung der Sitzung**Sachvortrag:**

Vorsitzende Peters eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

TOP 02 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**Sachvortrag:**

Vorsitzende Peters stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Ratsherr Recktenwald hat sich für die Sitzung entschuldigt. Stimmvertreter ist Stv. Bürgermeister Schmidt.

Es waren 10 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend. Es haben aber immer nur 9 abgestimmt!

Der Ausschuss dient lediglich der Vorbereitung von Beschlüssen und der Diskussion in Fachthemen. Zudem sei bei keiner der empfehlenden Abstimmung die fehlende Stimme entscheidend gewesen.

TOP 03 Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge**Sachvortrag:**

Es werden keine weiteren Anträge gestellt.

TOP 04 Genehmigung der Niederschrift vom 28.06.2023
(Gemäß § 23 der Geschäftsordnung bereits im Rat am 09.11.2023 genehmigt)**Sachvortrag:**

Gemäß § 23 der Geschäftsordnung wurde die Niederschrift des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses am 28.06.2023 bereits in der Ratssitzung am 09.11.2023 genehmigt.

TOP 05 Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen**Sachvortrag:**

Frau Kim Wissmann möchte wissen, warum die Rückgabe der Trägerschaft für die Kindertagesstätte als Vorteil für die Kinder angesehen werde. Ihrer Ansicht nach würde nur die Verwaltung profitieren.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, man versuche Vorteile für die Einrichtung zu erreichen. Für die Verwaltung werde dringend eine Entlastung benötigt, was durchaus auch ein Vorteil für die Einrichtung sein könne.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die wiederholten Erläuterungen von Allgemeinem Vertreter Heimes. Zudem müsse die Gemeinde mit dem vorhandenen Personal die Gemeindeverwaltung und die Eigenbetriebe bedienen. Aktuell sei die Schadensersatzforderung für die Brücken fristgemäß zu bearbeiten. Erfolge dies nicht, würde ein hoher Schaden entstehen. Bürgermeisterin Horn und Allgemeiner Vertreter Heimes müssten sich um viele Problemfelder kümmern. Dies auch abteilungsübergreifend, weil Führungskräfte dauerhaft erkrankt seien. Es gehe nie darum einen Vorteil zu erreichen. Es gehe immer um die Gemeinde und die Eigenbetriebe.

Frau Erika Lange fragt, ob Allgemeiner Vertreter die Abgabe als Entlastung benannt habe. Sie finde es traurig, dass die Insel nicht in der Lage sei eine eigene Kindertagesstätte zu betreiben. Es klinge als sei die Einrichtung lästig.

Ratsherr Garrels wendet ein, es gehe nicht um eine Schließung der Einrichtung, sondern lediglich um die Frage der Trägerschaft. Die Einrichtung verbleibe mit dem Personal vor Ort. Der Verwaltung und der Leitung der Kindertagesstätte sei vorgeworfen worden, sie seien nicht neutral. Dies sei schwierig für das Klima in der Kindertagesstätte. Die Verwaltung könne sich nicht in dem erforderlichen Maße um die Angelegenheiten der Kindertagesstätte kümmern, in dem Fall sei es wichtig, diejenigen zu beauftragen, die zuständig seien. Es diene immer im Interesse der Kinder und es gehe immer darum, dass die Kindertagesstätte bestmöglich geführt werden könne.

Bürgermeisterin Horn verdeutlicht nochmals die Personalsituation. Sie und der ständige Vertreter seien für 200 Mitarbeiter und ab Februar für sämtliche Personalangelegenheiten zuständig. Hinzukommen die gesamten Rechtsangelegenheiten in Bezug auf die Brücken, sowie nebenberuflich die Reederei und der Tourismus-Service. Sie verweist auf ein Schreiben der Führungskräfte an den Rat, in dem sehr deutlich darauf hingewiesen wurde, was nicht mehr bearbeitet werden könne. Es gehe nicht mehr um die Frage, was man wolle und könne, sondern darum, was noch zu bewerkstelligen sei. Der Allgemeine Vertreter werde hier mit Füßen getreten. Herr Heimes habe sich seit 30 Jahren absolut für die Kindertagesstätte eingesetzt. Es passe nicht zu unterstellen, man wolle etwas nicht. Es sollten Gespräche geführt werden, wie die Einrichtung mit einer Fachbegleitung und verwaltungsseitigen Begleitung zukunftsfähig gemacht werden könne.

Frau Wissmann möchte wissen, warum nicht nach alternativen Lösungen gesucht werde. Ihr fehle die Ansprache an die Eltern.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, in der Verwaltung gebe es Themen und Aufgaben, bei denen nicht jeder helfen könne. Es seien spezielle Ausbildungen notwendig. Die Abgabe der Trägerschaft sei eine Notbremse gewesen, um überhaupt in diese Diskussionen zu kommen. Man habe jetzt reagiert und aus Fürsorgepflicht die Notbremse gezogen.

Bürgermeisterin Horn ergänzt die Ausführungen und erklärt nochmals die Dringlichkeit der Notbremse. Es werde noch schwierig das anstehende Jahr zu bewältigen. Von den in Niedersachsen geführten Kindertagesstätten würde nur ein geringer Teil über die kommunale Trägerschaft geführt. Auch sie verweist auf die Fürsorgepflicht eines Trägers. Man habe handeln müssen, weil abzusehen gewesen sei, dass sich die Lage in der Kindertagesstätte weiter verschlechtern werde.

Frau Inken Peters stellt die Frage, ob auch andere Möglichkeiten der Entlastung für die Verwaltung geprüft worden seien und andere Betriebe anstelle der Kindertagesstätte outgesourct werden können.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Trägerschaft. Die Trägerschaft der Schifffahrt und des Tourismus-Service liege bei der Inselgemeinde. Die Trägerschaft per Gesetz für die Wahrnehmung der Aufgaben der Jugendhilfe habe der Landkreis. Es gehe darum, wie die Kindertagesstätte besser aufgestellt werden könne, weil die Unzufriedenheiten sehr deutlich unter anderem auch an den Landkreis formuliert worden seien.

Olaf Hube fragt nach dem Verwaltungsaufwand für die Kindertagesstätte.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die zuständigen Stellen in der Verwaltung könnten seit Jahren personell nicht besetzt werden. Im letzten Jahr habe man daher versucht über eine Stellenaufteilung eine Lösung zu finden und wenigstens einige Stunden zu gewährleisten. Daher sei die Kindertagesstätte aber nur eine Teilaufgabe. Es sei ein deutlich größerer Aufwand für die Einrichtung notwendig, dem man in keinem Fall mehr gerecht werde. Es gehe immer ein Stück weiter runter und irgendwann wäre seitens der Bürger die Frage aufgekommen, warum nicht früher reagiert worden sei. Außerdem sei auch das Landesjugendamt zu bedenken, welches sehr genau darauf achte, ob die Einrichtung rechtskonform betrieben werden werde. Die gesetzlichen Vorgaben würden immer aufwendiger werden. Dies alles erfordere eine deutlich größere Unterstützung, mehr als eingeplant oder geleistet werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Hube, erläutert Allgemeiner Vertreter Heimes die Unterstützungsleistungen des Landkreises und der Landesjugendhilfe.

Herr Ron Plekarski möchte wissen, ob ein freier Träger, wie z. B. ein Verein, denkbar sei um die Trägerschaft in Langeooger Hand zu halten.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, es sei vieles möglich. Es gebe Kindertagesstätten in Elternvereinen etc. Jetzt gehe es erst einmal darum, den Prozess zu starten. Für weitere Ausführungen verweist er auf den Tagesordnungspunkt.

Herr Seifert verliest eine kurze Erklärung und möchte wissen, wie die Verwaltung zu einer Bürgerbefragung oder einem Bürgerbescheid stehe.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, es gebe eine Ratsentscheidung und die Verwaltung müsse diese jetzt umsetzen.

Bürgermeisterin Horn antwortet auf die Erklärung von Herrn Seifert, sie halte es nicht für fair, Kindertagesstätten, die nicht von der Kommune betrieben werden, zu unterstellen, dass es

a) nicht gut sei und

b) sei ihr nicht bekannt, dass Familien umgezogen seien, weil die Kindertagesstätte nicht mehr von der Kommune betrieben wurde.

Es gehe nicht darum, dass sich etwas verschlechtere oder eine Kindertagesstätte geschlossen werde. Man verlasse seine Heimat nicht, weil ein Trägerwechsel stattgefunden habe. Der Trägerwechsel kann für die Kinder ein Vorteil sein und ebenso für die Mitarbeiter und Eltern.

TOP 06

Erfahrungsbericht Bürgermobil

Sachvortrag:

Seit dem 01.12.2023 gibt es auf Langeoog das Bürgermobil. Einen Fahrdienst für mobilitätseingeschränkte Langeoogerinnen und Langeooger, der durch ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer bedient wird.

Auf Nachfrage von Bürgermeisterin Horn erhält Herr Düll einstimmig Rederecht.

Der Sprecher der Gruppe des Bürgermobils, Frank Düll, gibt einen kurzen Erfahrungsbericht aus der Praxis. 6 Fahrer würden inzwischen über die Fahrerlaubnis verfügen. Abläufe seien angepasst und optimiert worden. Das Fahrzeug sei aufgerüstet und optimiert worden (Einstiegshilfe, Decken, Warnweste und -dreieck, etc.). Außerdem sei eine Schulung zum Umgang mit mobilitätseingeschränkten Personen absolviert worden. Es seien Visitenkarten ausgelegt worden. Bezüglich Meldungen im Rathaus, das Fahrzeug würde vor Wohnungen stehen, verliert er die Beförderungsbestimmungen „Organisation und Ablauf“. Das Fahrzeug könne zwischen den Fahrten vor der Wohnung des Ehrenamtlichen abgestellt werden. Der Umsatz im ersten Monat Dezember 2023 habe 235,00 Euro betragen. Er erläutert, warum das Fahrzeug mit einem Westersteder Kennzeichen versehen sei. Sollte das Fahrzeug in den Besitz nach Langeoog übergehen, würde ein Wittmunder Kennzeichen angebracht.

Bürgermeisterin Horn bedankt sich für die Ausführungen.

TOP 07 Raumbedarf Jugendhaus (JAM)

Sachvortrag:

Vorsitzende Peters verliest die Vorlage.

Leiterin Jugendhaus Seppelt verweist auf die Ausführungen in den letzten zwei Jahren sowie auf die Ortsbegehung. Sie habe den erhöhten Raumbedarf erläutert. Die Übernahme der Wohnung wäre eine schnelle Lösung. Gerade im Winter sei der Bedarf gegeben. Die Situation sei für die Betreuer und die Kinder anstrengend. Ihrer Meinung nach sei die Wohnung zur Belegung für andere Mitarbeiter nicht geeignet. Sie macht einen Aufruf an die Langeooger für die Gemeinde Wohnraum zu stellen.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, er sehe den Bedarf des Jugendhauses und auch die Schwierigkeit von Wohnraum in einem Jugendhaus. Wenn die Möglichkeit vorhanden wäre, würde man das Jugendhaus auch gerne unterstützen. Er verweist auf die Notlage bezüglich fehlenden Wohnraumes. Man könne auf den Wohnraum im Jugendhaus in der derzeitigen Situation nicht verzichten. Es würden noch Stellenbesetzungen ausstehen. Er weist auf die Stellenbesetzungen in der Kindertagesstätte hin. Wenn die Wohnung im Jugendhaus aufgegeben werde, würde eine Stelle nicht besetzt werden können.

Bürgermeisterin Horn äußert Verständnis für den Bedarf als Wohnraum aber auch den Platz für die Kinder im Jugendhaus. Sie bittet die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sich zum Thema zu äußern.

Stv. Bürgermeisterin Mühlhngaus verweist auf den notwendigen Wohnraum für einen FSJler, der ein Zimmer der Wohnung bekommen und der Rest für das Jugendhaus genutzt werden könnte. Auf ihre Nachfrage erläutert Frau Seppelt die Wohnungsaufteilung. Angedacht sei den Wohnraum für die Betreuung, das Schlafzimmer für den FSJler und Küche und Bad gemeinsam zu nutzen.

Stv. Bürgermeister Schmidt bringt vor, der Verwaltungsausschuss habe eine Priorisierung bei der Vergabe der Wohnungen bzw. Stellenausschreibungen vornehmen müssen. Für 17 Stellenausschreibungen seien lediglich 7 Wohnungen vorhanden gewesen. Die FSJler konnten nicht bedacht werden. Es müssten zunächst die Stellen besetzt werden, die existenziell für die Insel seien. Wichtig sei es, den Mietwohnungsbau voranzutreiben. Bis dahin müsse man sich leider „durchhangeln“. Er unterstützt den Wohnungsauftrag von Frau Seppelt.

Schulleiterin Ahrenholz hat Verständnis für beide Seiten. Seitens der Schule sei sie in gleicher Situation gewesen. Die Gemeinde habe sie nicht unterstützen können. Sie berichtet über die Kinder, die vom Jugendhaus betreut werden (2x die Woche im Schnitt 21 Kinder) und weist darauf hin, dass die Inselfschule ab 2026 per Gesetz verlässliche Grundschule ab Klasse 1 sein müsse.

Ab 2029 sei die Grundschule verlässlich. Dies sei nur mit Unterstützung umzusetzen. Zurzeit sei man teilgebunden und schaffe es an zwei Tagen, aber durch die Unterstützung des Jugendhauses können vier Tage abgedeckt werden. Sie würde es unterstützen, wenn das Jugendhaus die Wohnräume nutzen könnte.

Leiterin Jugendhaus Seppelt berichtet über die zusätzliche Betreuung der Kinder in den Langeooger Schulferien.

Stv. Bürgermeister Schmidt verweist auf die Gespräche mit dem Golf-Club. Seines Erachtens sollten nach den letzten Gesprächen weitere Gespräche stattfinden.

Frau Seppelt berichtet, aus Rücksichtnahme wegen des Todesfalles, seien die Gespräche im Sande verlaufen. Es sei über einen Anbau gesprochen worden, der Zeit und Geld koste. Es würde aber eine schnelle Lösung benötigt. Jetzt seien erstmal die Räume neu konzipiert worden. Es fehle definitiv ein Raum.

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet, im Moment gebe es die Übergangslösung, dass die Wohnung vom Jugendhaus genutzt werde. Trotzdem müsse eine Lösung gefunden werden, wenn die Wohnung wieder als Wohnung genutzt werde.

Ratsvorsitzender Agena merkt an, aufgrund der vorgebrachten Argumentation sei es dringend erforderlich zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Er sei froh darüber, dass die Kommune Langeoog den Mietwohnungsbau auf den Weg gebracht habe. Er sei davon überzeugt, dass es ein erfolgreiches Konzept werde und sich Diskussionen, wie diese dann erübrigen.

Bürgermeisterin Horn erklärt, es dürfe nicht dazukommen, Menschen zu bewerten und Wertigkeiten zu schaffen, sondern es müsse die Situation gesehen werden. Sie bittet, egal welche Entscheidung getroffen werde, auch die Folgen zu akzeptieren. Wenn Stellen nicht besetzt werden können, gebe es Einschränkungen.

Vorsitzende Peters übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Peters.

Vorsitzende Peters erklärt, sie verstehe die Verwaltung und sehe das Wohnungsproblem. Persönlich sei sie aber anderer Meinung. Sie verliest einen neuen Beschlussvorschlag und verweist in dem Zusammenhang auf den nächsten Tagesordnungspunkt.

Die Dienstwohnung im JAM ab sofort der Kinder- Jugend- und Gemeinwesenarbeit sowie als Wohnraum für FSJler und Praktikanten zur Verfügung zu stellen (bis 2025).

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, für den jetzigen FSJler gebe es eine Lösung. Auch im nächsten Jahr sei die Unterbringung geregelt. Er verweist auf die Wohnungen im Wiesenweg, die für die Saisonunterbringung der DLRG, Wachleute etc. vorgesehen seien. Hier sei eine Mischnutzung als Wohngemeinschaft möglich. Noch stünden auch die Unterkünfte für die DLRG im alten KWC zur Verfügung. Allgemeiner Vertreter Heimes weist ganz deutlich darauf hin, wenn diese Wohnung dem Wohnungsmarkt entzogen werde, eine Stelle nicht besetzt werden könne. Für die Stellenbesetzung in der Kindertagesstätte stünde dann ggf. keine Wohnung zur Verfügung.

Vorsitzende Peters übernimmt den Vorsitz zurück.

Vorsitzende Peters stellt den Antrag für Beschlussvorschlag c)

Die Dienstwohnung im JAM ab sofort der Kinder- Jugend- und Gemeinwesenarbeit sowie als Wohnraum für FSJler und Praktikanten zur Verfügung zu stellen (bis 2025).

Beschlussempfehlung:

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss empfiehlt,

Beschlussvorschlag c)

Die Dienstwohnung im JAM ab sofort der Kinder- Jugend- und Gemeinwesenarbeit sowie als Wohnraum für FSJler und Praktikanten zur Verfügung zu stellen (bis 2025).

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag c)

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3
Anwesende Mitglieder:	9

Bürgermeisterin Horn erklärt, die Verwaltung akzeptiere jeden Beschluss. Mit einem Beschluss in der Form würde aber keine Stellenausschreibung mehr für die Kindertagesstätte erfolgen, weil dies Stellen seien, die hier verortet sein müssen.

TOP 08 Beschäftigung von FSJlerinnen JAM / Kita

Sachvortrag:

Vorsitzende Peters verliest die Vorlage.

Ratsfrau Kraus verweist auf die vielen wichtigen und richtigen Ausgaben. Als Beispiel verweist sie auf den letzten Betriebsausschuss und die Vergabe für das Interessenbekundungsverfahren. Sie sehe die Einstellung von FSJlern als wichtig an. Die € 15.000,00 müssten ansonsten an anderer Stelle eingespart werden.

Leiter Kindertagesstätte Mikoteit bringt vor, dass Thema sei mehrfach besprochen worden. Der Wohnraum sei ein großes Problem. Die Personalsituation im Jugendhaus sei sehr angespannt. Wichtig sei es, eine langfristige Entscheidung zu treffen. Wenn sich das Jugendhaus und die Kindertagesstätte einen FSJler teilen könnten, wäre es eine große Entlastung.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die Kosten seien nicht die erste Priorität, er müsse aber darauf hinweisen. Problem bleibe, wie im vorangegangenen Tagesordnungspunkt bereits diskutiert, der Wohnraum. Er gehe davon aus, dass die nächste Stelle eines FSJlers wiederbesetzt werden könne. Im Moment bestehe die Möglichkeit bis 2025 zu besetzen. Er appelliert den zweiten Beschlussvorschlag umzusetzen.

Bürgermeisterin Horn schließt sich den Ausführungen an. In Bezug auf die Ausführungen von Ratsfrau Kraus erklärt sie, die € 15.000,00 seien nicht ausschlaggebend. Sie verliert einen Hinweis aus dem Prüfungsbericht zum Jahresabschluss des Tourismus-Service 2022. *„Der Fortbestand des Eigenbetriebes Tourismus-Service sei nur zu gewährleisten, wenn künftig unaufschiebbare Investitionen in die touristische Infrastruktur geleistet und hierfür ausreichende Veräußerungsgewinne erzielt oder Zuwendungen durch den Träger der Inselgemeinde gezahlt werden. Ein Aufschieben von politischen Entscheidungen begünstigt die Lage nicht“*. Die Mitteilung sei sehr deutlich. Den Fortbestand des Eigenbetriebes zu gefährden sei etwas, dass eine Tourismus-Destination nicht tun sollte.

Ratsfrau Kraus stimmt Bürgermeisterin Horn zu. Sie verweist auf ihre Anmerkungen im Betriebsausschuss. Der Wirtschaftsplan des Tourismus-Service schreibe trotz der geplanten Veräußerungen weiter ein Minus von einer halben Million. Der Wirtschaftsplan des Tourismus-Service sehe nicht gut aus.

Kämmerin Baller erklärt, die Stelle der FSJler würde nicht aus dem Plan des Tourismus-Service finanziert. Es würde Personal benötigt und sei eventuell durch Mehreinnahmen kompensierbar. Problem bleibe der nicht vorhandene Wohnraum.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus äußert, es werde in allen drei Betrieben viel Geld ausgegeben. Die genannte Summe von € 15.000,00 für die Langeooger Kinder sollte möglich sein, daher spreche sie sich für Beschlussvorschlag a) aus.

Vorsitzende Peters übergibt den Vorsitz an Stv. Vorsitzenden Peters und stellt den Antrag Beschlussvorschlag c) mit aufzunehmen.

- c) *die Verwaltung zu beauftragen die Besetzung der FSJ-Stelle bis Mitte 2025 fortzuführen, die Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung zu stellen und bis Januar 2025 zu evaluieren, ob die Stelle weiterhin zielführend ist und ob Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.*

Vorsitzende Peters übernimmt den Vorsitz zurück.

Ratsherr Garrels beantragt die Beschlussvorschläge a) und b) zu einem Beschlussvorschlag zusammenzufassen und formuliert folgenden Beschlussvorschlag:

- d) *die Besetzung der FSJ-Stelle dauerhaft unter der Bedingung fortzuführen, dass die Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung gestellt werden und eine Unterkunft zur Verfügung steht.*

Vorsitzende Peters bringt vor, dass das Dauerhafte eben nicht im Beschlussvorschlag aufgeführt werden sollte, um sich nicht binden zu müssen und überprüft werden könne, ob es weiter sinnvoll sei oder nicht.

Der Beschlussvorschlag d) von Ratsherrn Garrels wird mit 4 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlussempfehlung:

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss empfiehlt,

- e) *die Verwaltung zu beauftragen die Besetzung der FSJ-Stelle bis Mitte 2025 fortzuführen, die Mittel im Haushaltsplan zur Verfügung zu stellen und bis Januar 2025 zu evaluieren, ob die Stelle weiterhin zielführend ist und ob Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.*
-

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorschlag c)

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	1
Anwesende Mitglieder:	9

TOP 09 Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe**Sachvortrag:**

Vorsitzende Peters verliest die Vorlage.

Allgemeiner Vertreter Heimes informiert über einen Elternabend in der letzten Woche, der in sachlicher und konstruktiver Atmosphäre stattgefunden habe. Es sei aber auch kontrovers diskutiert worden. Die Verwaltung habe ihren Standpunkt erläutert. Gestern habe das erste Gespräch mit dem Landkreis stattgefunden. Anhand eines Aufgabenkataloges habe die Verwaltung die Situation der Kindertagesstätte erläutert. Die Bereitstellung des Gebäudes sei angesprochen worden sowie Fragen zur Einrichtung und Personal. Der Landkreis habe bestätigt, dass das Personal übernommen werde, wie es jetzt bei der Gemeinde beschäftigt sei. Für den 31.01.2024 sei eine gemeinsame Informationsveranstaltung für Eltern und Team vorgesehen.

Ratsfrau Kraus verweist auf einen Artikel im Anzeiger. Der Landkreis sei überrascht und nicht erfreut über die Rückgabe der Trägerschaft. Sie möchte wissen, ob seitens des Landkreises ein Sinneswandel stattgefunden habe.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, er könne nicht für den Landkreis sprechen. Gestern habe es einen konstruktiven Austausch gegeben und es seien die Planungen für die Umsetzung besprochen worden. Zu Einschätzungen von Seiten des Landkreises könne er sich nicht äußern. Dies müsse der Landkreis selbst tun.

Frau Kraus führt weiter aus, der Landkreis habe aus seinem Bereich bisher keine Kindertagesstätte übernehmen müssen. Sie möchte wissen, inwieweit für den Landkreis eine Qualifikation gesehen werde. Sie selber sehe keine Qualifikation. Der Landkreis betrete Neuland und sie frage sich, ob die Langeooger Kinder Lernobjekt für den Landkreis sein müssen.

Allgemeiner Vertreter Heimes sieht die Frage als polemisch. Er berichtet, am Gespräch mit dem Landkreis seien sehr erfahrene Kräfte, mit denen er selber seit vielen Jahren dienstlich zu tun habe, anwesend gewesen. Er sei sich sehr sicher, dass der Landkreis sich ansonsten das Know-How noch erarbeiten werde.

Bürgermeisterin Horn ergänzt die Ausführungen, der Landkreis werde eine Lösung finden bzw. finden müssen, da er die Trägerschaft innehat. Alleine zum Gespräch hätten sich sieben Personen viel Zeit genommen um die Angelegenheit zu besprechen. Am Ende gehe es darum, unabhängig von einer Trägerschaft, die beste Lösung für die Langeooger Kinder zu schaffen. Es sei nicht zielführend die Kindertagesstätte zum politischen Spielball zu machen. Die Verwaltung sei überzeugt, der Landkreis werde eine gute Möglichkeit finden. Es werde auf jeden Fall eine bessere, als die Verwaltung dies leisten könne.

Ratsfrau Kraus verweist auf die Demonstration vor dem Elternabend. Bei einer Demo sei immer Polemik dabei. Sie fragt, ob die Demo und die ganze Situation nicht umgangen hätten werden können, wenn im Vorfeld mit den Eltern und Mitarbeitern gesprochen worden wäre.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, seine Antwort zur Polemik sei auf den Satz von Ratsfrau Kraus erfolgt und nicht bezüglich der Demo. Eine Demo sei völlig legitim und in Ordnung. Es sei eine Elterninformation erfolgt und mehrfach erläutert worden, dass es sich um eine Notbremse handle, wo nicht im Voraus gehandelt werden konnte.

Bürgermeisterin Horn bestärkt die Ausführungen von Allgemeinem Vertreter Heimes. Sehr gerne hätte man früher informiert, aber es gebe ein Kommunalrecht. Die Frage sei auch, welche Wirkung ausgelöst worden wäre, bevor ein Beschluss gefasst sei. Man hätte Verunsicherung bei allen ausgelöst.

Beschluss:

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

TOP 10 Wahl des Kinder- und Jugendbeirates

Sachvortrag:

Vorsitzende Peters verliest die Vorlage.

Allgemeiner Vertreter Heimes teilt mit, dass die konstituierende Sitzung auf den 05.03.2024 gelegt werden müsse. Er berichtet, dass man dabei sei einen Wahlvorstand zu bilden. Außerdem erläutert er die Altersgrenzen der Wahlberechtigten. Man hoffe engagierte Jugendliche zu finden und dass der Jugendbeirat aktiv tätig werde.

Vorsitzende Peters freut sich auf die Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendbeirat.

Beschluss:

Der Schul-, Jugend- und Sozialausschuss nimmt den Sachstand zur Wahl des Kinder- und Jugendbeirates zur Kenntnis.

TOP 11 Anträge und Anfragen

Sachvortrag:

1. Ratsfrau Kraus stellt einen Antrag und eine Anfrage zum Vorgehen der Gemeinde zur Kommunalen Wärmeplanung. Sie verliest ihre Anfrage. Die Fragen sollen im nächsten Ausschuss des NULA am 12.02.2024 beantwortet und das Thema zur Beratung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Allgemeiner Vertreter Heimes berichtet in diesem Zusammenhang über seine Teilnahme an der Veranstaltung „Information für Kommunale Wärmeplanung in Weser-Ems“. Es seien viele Dinge vorgestellt worden und man sei in sehr engem Austausch zum Thema mit dem Landkreis. Man sei bestrebt sich dem Verfahren des Landkreises anzuschließen.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die Vorlage für den nächsten VA. Hier sei das weitere Vorgehen beschrieben.

2. Vorsitzende Peters übergibt den Vorsitz an stellvertretenden Vorsitzenden Petes.

Vorsitzende Peters verweist auf die Berichterstattung im Anzeiger für Harlingerland am 13.01.2024 zur Demo „Protest gegen Ratsentscheidung“. Sie verliest eine Passage, dass nur die Ratsmitglieder Kraus und Janssen Gespräche mit den Demonstranten geführt hätten. Sie verliest eine persönliche Stellungnahme. Selbstverständlich hätten sie, als Vorsitzende des Schul- Jugend- und Sozialausschuss, als auch Stv. Bürgermeister Schmidt, als Mitglied des Verwaltungsausschusses, im Vorfeld vor dem Elterninformationsabend Gespräche geführt. Unter anderem auch mit der Elternvertreterin Frau Wißmann.

Vorsitzende Peters übernimmt den Vorsitz zurück.

TOP 12	Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten
---------------	--

Sachvortrag:

1. Bürgermeisterin Horn verweist auf die geänderten Vorlagen. Seitens der Verwaltung werde ab sofort das Sitzungsmanagement „Kommune Aktiv“ verwendet.
2. Bürgermeisterin Horn berichtet, sie sei mehrfach auf ihre Aussage im Betriebsausschuss angesprochen worden, dass bei Ausfall der Verrieselungsanlage das Schwimmbad geschlossen werden müsse, dies in Zusammenhang für die Vergabe des Interessenbekundungsverfahrens. Sie erläutert den Zusammenhang. Das Schwimmbad, das KWC und das Haus der Insel müssten mit drei Kesseln beheizt werden. Man habe aber nur noch einen, der die Last für alle Liegenschaften trage. Wenn dieser Kessel ausfalle, müsse in eine neue Heizungsanlage investiert werden. Die Investition sollte aber im Zusammenhang mit der Neuentwicklung des Kurviertels stehen. Nur dann mache ein energetisches Quartiersmanagement Sinn. Investitionen seien im übertragenen Sinne mit dem Schreiben des Landkreises in Verbindung zu bringen, dass eine weitere Verzögerung der Politik den Eigenbetrieb gefährde. Investitionen dürften nicht getätigt werden. Wenn die Heizung ausfalle, könne das Schwimmbad nicht beheizt werden.
3. Bürgermeisterin Horn äußert sich zu einer Veröffentlichung des CDU Ortsverbandes. Sie freue sich über das gemeinsame Interesse, die Kindertagesstätte auf Langeoog langfristig in guten Händen zu wissen. Sie empfinde es aber als befremdlich eine Kindertagesstätte zum politischen Spielball zu machen. In der Veröffentlichung stehe „der Gemeinderat wäre kurzfristig informiert gewesen“. Die personelle Situation und die Konsequenzen seien dem Rat lange bekannt. Die spezielle Situation in der Kindertagesstätte seit mehreren Monaten. Alle Ratsmitglieder hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt Fragen zu stellen. Die Veröffentlichung des CDU-Ortsverbandes sei anders dargestellt. Der Sachverhalt wäre in der veröffentlichten Vorlage der Verwaltung nachzulesen gewesen. Sie hätte erwartet, dass ein politischer Verband sich die Mühe mache die Vorlage der Verwaltung adäquat zu lesen.
4. Bürgermeisterin Horn teilt mit, dass 29 Personen im Ratssaal anwesend seien.

5. Bürgermeisterin Horn bringt vor, sie habe den Elterninformationsabend als sehr gut empfunden. Man hätte sich mehr Beteiligung gewünscht. Es seien 13 Eltern anwesend gewesen. Von den Eltern habe es Äußerungen gegeben, dass für sie wichtig sei, dass ihr Kind sich wohlfühle und die Trägerschaft nicht entscheidend sei.

TOP 13	Einwohnerfragestunde
---------------	----------------------

Sachvortrag:

1. Herr Olaf Hube verweist auf seine Nachfrage im Betriebsausschuss, ob in Verbindung mit dem Interessenbekundungsverfahren ein Konzept vorliege. Seines Erachtens sei dies noch nicht der Fall. Er fragt ob die Bewertungsmatrix und das Booklet schon entstanden seien und ob es dazu schon eine Entscheidung gebe.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, die Bewertungsmatrix sei bisher nicht erstellt und müsse noch erarbeitet werden. Das Booklet sei erstellt und müsse noch rechtlich überprüft werden (z. B. nach aktuellem Vergaberecht).

2. Frau Elke Gewert verweist auf Leerstand auf der Insel. Als Beispiel nennt sie die Kajüte, ehemals AWO. Sie stellt die Frage, ob nicht übergangsweise Saisonkräfte dort untergebracht hätten werden können.

Bürgermeisterin Horn berichtet, man sei in Kontakt mit dem ehemaligen Betreiber und zukünftigen Interessenten gewesen. Weitere Auskünfte könne sie dazu nicht geben.

3. Frau Elke Gewert möchte zum Tagesordnungspunkt Raumbedarf Jugendhaus mitteilen, dass sie ehrenamtliche Helferin bei der Hausaufgabenstunde sei. Es würden Kinder aus vier Klassen betreut. Bei einigen Kindern sei eine Einzelbetreuung notwendig.

Bürgermeisterin Horn bedankt sich und erklärt, es würde keiner die Notwendigkeit in Frage stellen, die Betreuung sei absolut wichtig. Sie verweist auf die Erläuterungen zur Wohnungsnot für offene Stellen der Kommune.

4. Frau Vanessa Schmidt bringt vor, sie habe eine Verständnisfrage zur Vorlage Raumbedarf Jugendhaus. In der Vorlage stehe, dass noch Gespräche mit dem Golfclub laufen, bis jetzt aber kein Beschluss gefasst wurde. Sie fragt, ob das Thema und der Antrag von Frau Peters damit vom Tisch seien.

Bürgermeisterin Horn antwortet, der Antrag liege vor. Sie habe ein Gespräch mit dem Präsidenten des Golfclubs geführt. Von Seiten des Golfclubs würde die Angelegenheit aus verschiedenen Gründen nicht weiterverfolgt. Inwieweit sich das ändere, könne sie derzeit nicht beurteilen.

Die Nachfrage von Frau Schmidt, ob der Rat jederzeit über den Antrag beschließen könne, wird bejaht.

Allgemeiner Vertreter Heimes ergänzt die Ausführungen von Bürgermeisterin Horn. Stand sei, im Dezember habe der Golf-Club mitgeteilt, dass er wieder bereit sei Gespräche zu führen. Aufgrund der Feiertage und dem Jahreswechsel habe man noch keine Möglichkeit gehabt einen Termin festzulegen. Er gehe davon aus, dass im Frühjahr ein Gespräch stattfinden wird.

5. Frau Kim Wißmann verweist auf die vielen unbesetzten Stellen in der Verwaltung und der Betriebe. Sie finde die Stellenausschreibungen online nicht und fragt, nach dem Grund.

Allgemeiner Vertreter Heimes erläutert, Bewerbungsfristen würden auslaufen und dann die Stellenausschreibungen nicht mehr aufgeführt. Hinzukomme, dass die Sachbearbeiterin länger erkrankt gewesen sei. Man werde die Ausschreibungen aufarbeiten und erneut veröffentlichen. Problem sei der nicht vorhandene Wohnraum. Hierfür müsse noch eine Formulierung in den Ausschreibungen erfolgen.

Bürgermeisterin Horn verweist nochmals auf die gesetzlich vorgegebene Bewerbungsfrist. Es müsse immer ein Ende einer Bewerbungsfrist aufgeführt werden. Hinzu komme danach die Zeit für Bewerbungsgespräche und Entscheidungen.

6. Frau Kim Wißmann bringt vor, dass Gemeindewohnungen aufgrund von Mängeln nicht belegt werden können. Sie schlägt vor, die Wohnungen Mitarbeitern zu einer geringeren Miete anzubieten und diese die Wohnung in Eigenregie renovieren.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, dass ein solches Modell bereits durchgeführt wurde. Man habe derzeit aber keine entsprechenden Wohnungen. Die Wohnungen, die jetzt noch frei seien, seien bereits an Mitarbeiter vergeben, die in den nächsten Monaten anfangen. Die letzten zwei vorhandenen Wohnungen seien ebenfalls bereits vergeben.

Ratsherr Garrels ergänzt, man könne einem Mieter nur „Schönheitsverbesserungen“ anbieten. Renovierungen müssten fachgerecht ausgeführt werden und das Gebäude einen gewissen Standard haben.

TOP 14 Schließung der Sitzung

Ende der öffentlichen Sitzung: 21:20 Uhr

Für die Richtigkeit:



Heike Horn
Bürgermeisterin



Daniela Peters
Vorsitzende



Katja Heimes
Schriftführung
